

Die nachträgliche Nation

Gedanken zu einer unvollständigen Gegenwart

Rudolf Burger

Wenn „der Staat mit der Nation in eins zusammenfällt, so ist dies ein großes Glück“, heißt es in § 24 der Philosophischen Propädeutik zur Rechts-Pflichten- und Religionslehre G.W.F. Hegels, seinen Nürnberger Gymnasialvorlesungen aus dem Jahre 1810¹ – zwei Jahre nach Johann Gottlieb Fichtes „Reden an die deutsche Nation“, die der nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon unter dem Druck des Suzeräns entstehenden völkischen Gestimmtheit in Deutschland eine nationalpolitische Form gaben. Die Herstellung dieser völkisch-politischen Koinzidenz von Staat und Nation, die Hegel als „großes Glück“ bezeichnet, also des rechtlich homogenen Flächenstaates als Nationalstaat, der die älteren Formen des Reiches und buntscheckiger feudaler Herrschaftsstrukturen im Laufe des 19. Jahrhunderts zunächst in Europa und in der Folge, nach der Entkolonialisierung, in weiten Teilen der Welt ablöste, ist nirgendwo gewaltfrei geschehen: Kriege und Revolutionen, Niederlagen und Siege, Vertreibungen und Massaker stehen am Ursprung des modernen Nationalstaats. Motor und hauptsächlicher Träger des Prozesses, der ihn hervorbrachte, war die historisch neue Hegemonialklasse des liberalen Bürgertums mit ihrem Streben nach politischer Macht, Rechtssicherheit, d.h. berechenbarer, zentralisierter Gewaltausübung und homogenen Märkten. Nach internen Klassenkämpfen findet er seine vorläufige Vollendung im liberalen, säkularen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und repräsentativer Massendemokratie auf Basis einer sozialpolitisch mehr oder minder supplementierten kapitalistischen Ökonomie. Weil er im Namen eines nach außen scharf umrissenen, in sich rechtlich homogenen Demos agiert, dessen Mitglieder in einem fiktiven Vertragsverhältnis zueinander stehen, nennt Thomas Hobbes ein solches politisches Gebilde einen „künstlichen Staat“, im Unterschied zum „natürlichen Staat“ der patrimonialen Despotie. Genau jene Künstlichkeit aber muß er vor sich selbst verbergen, soll die Synthesis des Demos zu einem „substanziellen“ Volk eine moralische Verpflichtung sein, die dem abstrakten Recht imaginär

¹ G.W.F. Hegel, Nürnberger und Heidelberger Schriften 1808 – 1817, in. Werke in zwanzig Bänden, Bd. 4, Frankfurt (Suhrkamp) 1970, S. 246

WeltStadt^{WIEN}

PLATTFORM FÜR URBANE AN- UND AUFREGUNG

vorausgeht und es trägt. Diese Quasi-Naturalisierung leistet das Konzept der „Nation“, ein Begriff, der, abgeleitet von *natus* (geboren), eine familiale Einheit des Volkskörpers behauptet und bezeichnet. Ab dem späten 14. Jahrhundert alltagssprachlich zur charakterlichen Stereotypisierung von Großgruppen verwendet, wird er seit der Französischen Revolution politisch zu einem historischen Mythos aufgeladen, welcher der abstrakten Rechtsordnung des Staates eine zeitliche Tiefendimension und damit Legitimität verleiht. Denn die Legitimität politischer Herrschaft geht auch im modernen Rechtsstaat (der eigentlich ein *Gesetzesstaat* ist) niemals vollständig auf in Legalität des institutionellen Machtgeschiebes – darauf hat Carl Schmitt in seinen Studien zum Ausnahmezustand gegen Hans Kelsens ahistorischen Positivismus mit Recht insistiert.² (Vor fünf Jahren hatten wir in Österreich zu diesem Punkt eine ebenso heftige wie kurze Debatte, mit freilich politisch verkehrten Fronten.)

Ein reiner, ahistorischer „Verfassungspatriotismus“, wie ihn Dolf Sternberger theoretisch zu entwickeln und Habermas populär zu machen versucht hat, ist eine Illusion, die sich nur aus den Peinlichkeiten der deutschen Geschichte erklärt; nirgendwo sonst in Europa stieße so eine Idee auf Verständnis. Auch der „Verfassungspatriotismus“ fußt auf einem, wenn auch verschwiegenen, Begriff von „Nation“

Was aber ist überhaupt eine Nation? Eine Nation existiert, wenn eine gewisse, aber unbestimmte Zahl von Leuten sagt, daß sie existiert und sie sich wechselseitig, nach welchen Kriterien immer, ihre Zugehörigkeit attestieren; eine Staatsnation existiert, wenn die Staatsbürger sich zu ihr „bekennen“. Was aber heißt „bekennen“? Ist das ein Entscheidungsvorgang, ein empirisches Urteil oder ein performativer Akt? Was ist eine Nation? Wird sie gefunden? Wird sie gemacht?

Eine Nation vom gefundenen Typus wäre z.B. die „Sprachnation“ – die geographischen Grenzen einer Nation fielen dann mit den geographischen Grenzen eines Sprachgebiets zusammen, zumindest mit denen der Mehrheitssprache, und diese wiederum mit den legitimen, weil natürlichen, Grenzen des Staates. Abgesehen davon, daß man sich damit in eine offene Dialelle begibt – denn die genormte Nationalsprache, die zur Definition herangezogen wird, wurde historisch erst mit dem Zentralstaat administrativ durchgesetzt, wodurch wiederum erst die Dialekte als Dialekte entstanden -, war die Idee einer Sprachnation schon zu Zeiten Fichtes, der sie prominent und folgenreich vertreten hat, um das

² C. Schmitt, *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin (Duncker & Humbold) 1963

Mindeste zu sagen – spleenig. Denn nicht nur hatte man die politisch selbständige, überwiegend, aber nicht ausschließlich, deutschsprachige Schweiz vor Augen, die sich durchaus auch damals schon als eigene Nation begriff, sondern zur Zeit der „Reden an die deutsche Nation“ (1807/08) lag die Unabhängigkeitserklärung der englischsprachigen amerikanischen Nation *als* Nation immerhin schon 30 Jahre zurück (1776). Zur Definition einer österreichischen Nation ist der Begriff natürlich überhaupt nicht zu gebrauchen, im Gegenteil, er steht ihr im Wege. Selbstverständlich ist ein multilingualer Staat politisch instabil, schon aus verwaltungstechnischen Gründen. Aber umgekehrt können mehrere Staaten sich ein Sprachgebiet teilen. Mit „Nation“ hat das zunächst einmal gar nichts zu tun.

Um die „Kulturnation“ ist es eher noch schlechter bestellt. Zunächst hat man auch mit diesem Begriff, der kein Begriff ist, sondern ein Subventionsansuchen, jahrzehntelang die Nichtexistenz einer eigenständigen österreichischen Nation bewiesen und sie aufgelöst in der deutschen (so z.B. unter Verwendung auch sprachphilosophischer Elemente der wohl größte österreichische Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts, Robert Musil, in seinen Essays: „Der Anschluß an Deutschland“ von 1919 und „Die Nation als Ideal und Wirklichkeit“ von 1921), wohingegen er heute im Gegenzug – ironischerweise bei zunehmendem Einfluß von deutschen Medien und Verlagen auf das österreichische Kulturleben – der Abgrenzung von Deutschland dient und dazu, sich selbst provinziell auf die eigene Schulter zu klopfen. Sieht man moderne Industriestaaten sich jedoch näher an und läßt man von Sentimentalitäten sich nicht den Blick trüben, so bleibt als erkennbare Kulturdifferenz allenfalls der Unterschied im Gehabe der Volkstanzgruppen und der staatssubventionierten Folklore. Nichts ist heute synthetischer als die angeblich organisch gewachsene Nationalkultur und das sogenannte „Brauchtum“, das niemand braucht; außer Bürgermeister in Fremdenverkehrsgemeinden.

So ist wohl der tatsächlich in der politischen Rhetorik am wirkungsvollsten verwendete, gewissermaßen „ontologische“ Nationsbegriff jener, den Otto Bauer formuliert hat: „Die Nation kann ... definiert werden als die aus einer Schicksalsgemeinschaft erwachsende Charaktergemeinschaft.“³

Der suggestive Dogmatismus dieser Formel, gepaart mit pathetischem Schwulst, der aus der scheinpräzisen Verwendung nebulöser Termini resultiert, macht sie für politische Demagogie ideal geeignet. Mit dieser Rahmendefinition läßt sich nämlich jede beliebige, nur

³ O. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, in: Werkausgabe Bd. 1, Wien (Europa Verl.) 1975, S. 174

einigermaßen identifizierbare soziale Entität zur Nation erklären, der historische und psychologische Füllstoff findet sich immer für die zu Vorurteilen verfestigten Clichés. So hat man mit ihrer Hilfe einst die Eigenständigkeit einer österreichischen Nation bestritten und gegen das Anschlußverbot der Siegermächte vom September 1919 jahrelang agiert, wie man heute mit ihr eben diese Eigenständigkeit zu begründen sucht und sich gleichzeitig anschickt, sie auf „Europa“ umzulegen.

Es ist nicht nur Sarkasmus, sondern soziologisch durchaus ernst gemeint (ich führe hier schließlich keine Polemik), wenn ich sage, daß die Bauersche Formel von der Charaktergemeinschaft aus Schicksalsgemeinschaft, wenn überhaupt irgendetwas, präzise nur eines definiert: nämlich die mittelständische Kleinfamilie. Tatsächlich hat jede Nation als Nation kleinbürgerliche Züge an sich – sie ist auftrumpfend, selbstverliebt, dabei unsicher im Benehmen und hat meistens ein gespanntes Verhältnis zum Nachbarn. Innere Konflikte werden durch sie überdeckt und nach außen meist verleugnet.

Ex negativo läßt aus diesem Streifzug sich eines lernen: nämlich daß jeder substanzialistische Nationsbegriff theoretisch verfehlt ist, nicht obwohl, sondern gerade weil die Substanzialisierung sein praktisch-politisches Ziel ist.

Wenn daher Karl Renner 1918 in „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich“ schreibt:

„Auf bestimmter Höhe der europäischen Entwicklung treten die Sprach- und Kulturgemeinschaften der Völker nach jahrhundertlangem stillen Heranreifen aus der Welt passiver Volkheit heraus, fühlen sich als geschichtlich berufene Macht, verlangen nach Verfügung über den Staat als das höchste gegebene Werkzeug der Macht und erstreben ihre politische Selbstbestimmung. Der Geburtstag der politischen Idee der Nation und das Geburtsjahr dieses neuen Bewusstseins ist 1789, das Jahr der französischen Revolution.“,

so ist das, wie Eric Hobsbawm spöttisch bemerkt hat, nur eine Übung in programmatischer Mythologie. Denn die Nation ist keine Substanz, die „aus passiver Volkheit über Jahrhunderte still heranreift“ und welcher der Staat nur die ihr adäquate Form verliehe, wie es der

nationalistische Mythos lehrt, sondern eine historische Erzählung, auf die man sich geeinigt hat. („Die Geschichte ist jene Lüge, auf die man sich geeinigt hat“, sagte Napoleon, der es wissen mußte, und das Aperçu gilt a fortiori für jede Nationalgeschichte.) Zugleich aber ist sie eine für den Staat *unverzichtbare* Erzählung, d.h. sie ist „Ideologie“ in des Wortes prägnanter Marxschen Bedeutung: notwendig falsches Bewußtsein. *Notwendig*, um das formale Gerüst des Staates zu kitten, die anonyme Marktgesellschaft moralisch zu verstaatlichen und den Menschen eine präjuristische Zugehörigkeit zu einer Großgemeinschaft zu suggerieren – sie müssen schließlich mitspielen (Und das geht bis zum Verlangen der Todesbereitschaft für den Staat – ein Ansinnen, das der als autoritär verschrieene Thomas Hobbes noch abgelehnt hat!); *falsch*, weil es das nicht gibt, woran es glaubt, im Sinne einer Korrespondenztheorie von Wahrheit – vielmehr ist der Glaube selbst die ganze Realität, freilich eine oft sehr massive. Jede Nation ist Imagi-Nation, wie Ernst Bruckmüller sehr schön sagte, aber sie ist immer auch Indoktri-Nation: Sie ist die mit selektiv historisierenden Mitteln betriebene, interessierte Pathetisierung und emotive Aufladung einer existierenden oder angestrebten souveränen politischen Großorganisation, eine mythisierende Pathosformel für den Staat selber; und jede empirische Feststellung eines „Nationalbewußtseins“ testet nur die Wirkung einer Propaganda. Natürlich spielen dabei territorial vorfindliche Traditionsbestände, seien sie ethnischer, sprachlicher, religiöser, kultureller oder sonstiger Natur, eine große Rolle (und können auch hinderlich sein), aber sie müssen immer durch ein historisches Narrativ von einem staatspolitischen Willen gebündelt werden, sonst bleiben sie dispers: Eine Nation wird weder ex nihilo geschaffen, noch wird sie vorgefunden wie eine Substanz, und sie wächst auch nicht heran wie ein Baum, sondern sie wird gemacht aus Vorgefundenem. (Heute redet man ja auch von „Nationbuilding“.) Dabei ist, wie Ernest Renan schon 1882, also zur Hochzeit des europäischen Nationalismus, schrieb, „das Vergessen oder gar Mißverstehen von Geschichte ein wesentliches Element bei der Herausbildung einer Nation.“ Die historistisch-nationale Propaganda (zu der, notabene, schon die „Staatsbürgerkunde“ zu zählen ist und die immer zur „politischen Bildung“ gehört, so wie das theatralische Feiern von runden Jubiläen auch) ist daher niemals nur Mitteilung und massenwirksame Verbreitung einer empirischen historischen Erkenntnis, sondern immer auch ein persuasiver Sprechakt, der zu einem kollektiven performativen Sprechakt einlädt, welcher seinerseits eine gemeinsame Geschichte als gegenwärtiges Bewußtseinsphänomen entstehen läßt. Die Propaganda tritt jedoch notwendig in Gestalt reiner historischer Erkenntnis auf, um sich selbst als Propaganda

zu verleugnen: deshalb die Wichtigkeit der Lehrkanzeln für Geschichte im modernen laizistischen Verfassungsstaat, denn nur sie sind letztlich legitimiert, den Staat historisierend als Nation zu legitimieren – ihm eine Seele einzuhauchen: Nicht die Philosophie ist das Säkularisat der Theologie, sondern die Wissenschaft von der Geschichte. Ihr tiefster Sinn und nur schlecht verborgener Zweck ist die Herstellung von *Gesinnung*, die sich als Wissen präsentiert.

„Die Geschichte der Nationen“, schreibt Etienne Balibar, „liegt uns immer schon in Form eines Berichts vor, der ihnen die Kontinuität eines fortlaufenden Handlungsstranges verleiht.“⁴ Dieser Bericht ist immer Erzählung und Konstruktion zugleich, mit ihm wird eine Geschichte, ein historischer Traditionszusammenhang einer kollektiven Identität und damit ein Sinnhorizont *geschaffen*, der das Denken und Handeln der in einem Staat nur äußerlich zusammengefassten Individuen überwölbt und durchdringt. Diese zeitliche Dimensionierung schafft eine Genealogie, macht aus der Menge der Individuen das „Volk“ und bindet ihre Freiheit an das Verpflichtungssystem der „Nation“ – und damit des Staates. Nicht der Staat hält die Nation zusammen, sondern die Nation den Staat – aber sie bezieht von ihm Motiv und Ressourcen.

Weil das so ist, weil das formale Gerüst des modernen Gesetzesstaates, auch und vor allem in seiner massendemokratischen Ausprägung, die sich auf Volkssouveränität beruft, eine historische Legitimationserzählung zur moralischen Erfassung der Gesellschaft und ihrer rechtlich anerkannten Mitglieder, der Staatsbürger, benötigt, nennt Hegel in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte den Staat eine „unvollständige Gegenwart“ der „des Bewußtseins der Vergangenheit“ bedarf – einer Vergangenheit als Geschichte freilich, die mit und durch den Staat als dessen notwendiges Komplement, als sein „spiritualistischer Point d` honneur“, allererst geschaffen wird.

Im Unterschied zu den älteren Historien, die im wesentlichen dynastische Legitimationserzählungen waren, entsteht „Geschichte“ im modernen Sinn gleichzeitig mit dem bürgerlichen Staat als Nationalgeschichte – der Begriff „Geschichte“ kommt im Deutschen erst Ende des 18. Jahrhunderts in Gebrauch – in der „Sattelzeit“ zur Moderne, wie Reinhard Koselleck diese Epochenschwelle nannte.⁵

⁴ E. Balibar, J. Wallenstein, Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg (Argument) 1988, S. 107

⁵ R. Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt (Suhrkamp) 1979

Hegel schreibt: „*Geschichte* vereinigt in unserer Sprache die objektive sowohl als die subjektive Seite und bedeutet ebenso gut die *historiam rerum gestarum* als die *res gestas* selbst; sie ist das Geschehene nicht minder wie die Geschichtserzählung. Diese Vereinigungen der beiden Bedeutungen müssen wir für höherer Art als für eine bloß äußerliche Zufälligkeit ansehen: es ist dafür zu halten, daß Geschichtserzählung mit eigentlich geschichtlichen Taten und Begebenheiten gleichzeitig erscheine; es ist eine innerliche gemeinsame Grundlage, welche sie zusammen hervortreibt... der Staat erst führt einen Inhalt herbei, der für die Prosa der Geschichte nicht nur geeignet ist, sondern sie selbst mit erzeugt. Statt nur subjektiver für das Bedürfnis des Augenblicks genügender Befehle des Regierens erfordert ein festwerdendes, zum Staate sich erhebendes Gemeinwesen Gebote, Gesetze, allgemeine und allgemein gültige Bestimmungen..., welchen die Mnemosyne, zum Behuf des perennierenden Zwecks dieser Gestaltung und Beschaffenheit des Staates, die Dauer des Andenkens hinzuzufügen getrieben ist... die bei ihren vernünftigen Gesetzen und Sitten zugleich äußerliche Existenz des Staates ist eine unvollständige Gegenwart, deren Verstand zu ihrer Integrierung des Bewußtseins der Vergangenheit bedarf.“⁶

Eine solche „unvollständige Gegenwart“ war der österreichische Staat der Ersten Republik, denn er war ein Staat ohne eigene Nation, d.h. ohne politisch integrierte Geschichte; deshalb war er – nicht nur deshalb, aber vor allem deshalb – intern instabil und nach außen wehrlos. Die Zweite Republik wurde ein Nationalstaat, bei allen Streitereien über ihre Vorgeschichte, ja gerade durch sie, weil die Streitparteien letztlich doch ein nationalpolitisches Interesse eint. Wie ist es dazu gekommen?

„*Omnis determinatio est negatio*“ - das Spinozanische Axiom trifft die Logik der österreichischen Nationsbildung genau: Denn es ist die (konstruierte) historisch-kulturelle Differenz zu Deutschland, die Österreich als eigene Nation definiert, diese bestimmt sich wesentlich in negatorischem Bezug auf die deutsche; und blieb gerade dadurch dialektisch an sie gebunden. Als Nation konnte Österreich lange Zeit sich nicht positiv-historiographisch definieren, denn es ist als Staat nicht Ergebnis eines nationalistischen Einigungsprozesses, sondern einer Zerschlagung und Zerreißung. Aber nicht in Abgrenzung zu den ehemaligen Kronländern der Monarchie bestimmt sich die nationale Identität der Republik, sondern ausschließlich in bezug auf Deutschland: Österreich ist das Land, das nicht Deutschland ist. Doch ist die Beziehung naturgemäß nicht symmetrisch. Das deutsch-österreichische

⁶ G.W.F. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, a.a.O., Bd. 12, S 83f

Nationalverhältnis ist ein rein österreichisches Verhältnis, zumindest als Thema und als Problem. Ein deutsches Thema ist es nicht und auch kein deutsches Problem. Als solches wurde es 1866 von Preußen erledigt, doch als österreichisches dauerte es fort: als Trauma des *Ausschlusses*, das, 1919 forciert, nach 1938 in ein *Anschlußtrauma* umgeschlagen ist und in dieser Gestalt die sozialpsychologische Grundlage des neuentstandenen Nationalgefühls der Zweiten Republik bildete. Besonders deutlich wurde diese Fixierung zuletzt in den Diskussionen und Polemiken vor dem Referendum zum EU-Beitritt im Frühjahr 1994: Die Gegner des Beitritts, und die kamen zum Großteil aus dem linken und linksliberalen Lager, haben vor allem mit dem Anschlusstrauma operiert und der Gefahr des Verlustes der nationalen Identität – weniger in bezug auf Brüssel und Straßburg, als in bezug auf Bonn und Berlin.

Dieses Anschlußtrauma ist die genaue Inversion des älteren Verletzungstraumas durch den Ausschluß Österreichs vom Deutschen Bund seit 1866, der mit der preußischen, kleindeutschen Reichsgründung 1871 ratifiziert wurde. Ein spezifisch österreichisches Nationalbewusstsein konnte unter den Bedingungen der multinationalen Habsburgermonarchie sich nicht bilden, für die Krone, das „Haus Österreich“, war Österreich eine supranationale Klammer, und so gab es zwar eine ungarische, eine tschechische, eine slowenische, eine ruthenische usw. Nationalität, aber keine österreichische. Im Unterschied zu den Hohenzollern, für die der Nationalismus nach 1871 ein Einigungsmittel des Reiches war, hatte die habsburgische Zentralmacht ein vitales Interesse daran, alle nationalen Regungen, Sprengsätze für die Monarchie, zu entschärfen, die nationale Rhetorik zu entpathetisieren; die „Klammer“ Österreich konnte sowenig als Nation konstruiert werden wie in Deutschland Preußen. Weil der österreichische Deutschnationalismus in sich selbst politisch zerrissen und ein Nationalismus der Niederlage war, war er besonders aggressiv, und er war in extremer Weise antisemitisch, weil die Juden jenen Kosmopolitismus verkörperten, den die Nationalen in der verhaßten multinationalen und multikulturellen Monarchie repräsentiert sahen. Aber nicht nur die politisch organisierten „Deutschnationalen“, der gesamte deutschsprachige Teil des „Vielvölkerstaates“, insbesondere die alten Liberalen in der Tradition von 1848 und die Leitfiguren der 1888 gegründeten Sozialdemokratie, dachte und fühlte in nationaler Hinsicht deutsch, man empfand sich als zur *deutschen* Nation gehörig, die staatliche Trennung als unnatürlich, Resultat preußischer Machtpolitik (und später des Diktats der Siegermächte nach dem 1. Weltkrieg). Es gab eben nur eine deutsche Nation, keine österreichische, sowenig wie

es eine bayerische, hessische oder preußische gab; und Deutsch-Österreich war ebenso selbstverständlich Teil dieser einen deutschen Nation wie Preußen. In welchem Maße dieses großdeutsche Nationalgefühl auch legitimistische Kreise beherrschte, zeigt die bittere Bemerkung, mit der Franz Grillparzer, der österreichische „Nationaldichter“ par excellence, auf die preußische, kleindeutsche Reichsgründung reagierte: „Ihr glaubt, Ihr habt ein Reich geboren, und habt doch nur ein Volk zerstört!“

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Sturz der Monarchien 1918 standen dem „Anschluß“ des „Restes“, der Österreich nach einem Clemenceau zugeschriebenen Wort geworden war, die Pariser Vororteverträge von 1919 entgegen – die Paragraphen 80 und 88 von Versailles beziehungsweise St. Germain verboten den Anschluß explizit; die Novemberverfassung von 1918 hatte in ihrem Artikel 2 „Deutschösterreich“ voreilig schon zum Bestandteil der deutschen Republik erklärt. Außer in monarchistischen Zirkeln, die als einzige immer gegen den Anschluß waren, die aber natürlich erst recht keinen österreichischen Nationsbegriff hatten, war wegen seiner habsburgischen Konnotationen schon der Name Österreich verhaßt, und im Frühjahr 1921 gingen die Abstimmungen in Tirol und Salzburg für die staatliche Einheit so katastrophal aus, daß – übrigens auch auf französischem Druck – weitere Abstimmungen verboten werden mußten: In beiden Ländern hatten jeweils über 90% für einen Anschluß an das Reich votiert! Das Anschlußverbot änderte freilich nichts am Liebeswerben der jungen Republik gegenüber dem „Altreich“, das so alt ja auch nicht war, insbesondere die Sozialdemokratie erklärte den Anschluß zu ihrem vorrangigen außenpolitischen Ziel – sie strich den Anschlußparagraphen erst Mitte Oktober 1933 aus ihrem Programm, und die „Vaterländischen“ erklärten in den dreißiger-Jahren Österreich angesichts Nazideutschlands nur zum „besseren Deutschland“. Der zweimal erste Kanzler der Republik und ihr späterer Präsident, der Lasalleaner Karl Renner, dachte in nationaler Hinsicht deutscher noch als der Austromarxist Otto Bauer, und der Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung von 1920, Hans Kelsen, drückte seinen brennenden Wunsch, dass Österreich „aufgehen“ möge im „deutschen Vaterlande“, 1923 in *Österreichisches Staatsrecht* sogar pathetisch in schlechten Versen von Conrad Ferdinand Mayer aus.

Vom Berlin der Weimarer Zeit wurde diesem Wiener Werben eher kühl begegnet, man hatte dort andere territoriale Prioritäten. Auf die Sehnsüchte österreichischer Großdeutscher reagierte Berlin bis 1933 eher mit einer Politik der kalten Schulter, bestenfalls

mit herablassendem Wohlwollen. Es gab auf deutscher Seite zwar ein ökonomisches Interesse an einer Südost-Expansion, wie es etwa in der versuchten, von Genf jedoch untersagten Zollunion mit Österreich 1931 zum Ausdruck kam, aber es gab kein integrationistisches Sentiment gegenüber dem österreichischem Deutschtum, weder vor 1918, noch in der Weimarer Zeit, jedenfalls was die damals maßgebenden politischen Kreise betrifft. (Es ist im übrigen bemerkenswert, dass auch nach 1945 von keiner politischen Seite der Bundesrepublik Deutschland auch nur momentan der Gedanke einer Vereinigung mit Österreich geäußert worden ist; auch in den 2 + 4 Gesprächen, die zur deutschen Wiedervereinigung führten und deren Ergebnisse einem Friedensvertrag gleichkommen, war von Österreich nicht die Rede.) Das änderte sich schlagartig, als 1933 in Deutschland Hitler an die Macht kam, der Österreich zu seinem ersten Angriffsziel machte, zunächst – und daraus wurden fünf Jahre – durch den Versuch einer Machtergreifung von Innen, was bekanntlich schief ging. Es war also nicht ein preußischer Junker oder ein Berliner Großbürger, sondern ein Oberösterreicher aus der provinziellen Unterschicht, der *seine* Heimat heim ins Reich holte – ironischerweise mit Hilfe der *deutschen* Armee! Sehr viel Scherereien hatte er dabei letzten Endes bekanntlich nicht – das einzige, was die Invasionstruppen ein wenig aufhielt, waren eine etwas zu zögerliche Taktik, ein paar technische Pannen und die jubelnden Leute, die im Weg standen. Und die europäischen Großmächte haben es achselzuckend hingenommen, daß der von ihnen selbst erzwungene Staat von der Landkarte verschwand. So war das Land reif: für Deutschland! Das ist zwar schlimm, aber nicht erstaunlich, daher auch kein geeigneter Gegenstand für nachträgliche moralische Empörung. Denn trotz der Bemühungen einiger weniger, wie des späteren Mitbegründers von 05, Alfons Stillfried, des katholischen Publizisten Ernst Karl Winter oder des Kommunisten Alfred Klahr, der 1937 in der KP-Zeitschrift *Weg und Ziel* den Versuch unternahm, eine österreichische Nation theoretisch zu begründen, gab es bis in die späten dreißiger Jahre kein auf das Territorium der Republik, die ohnehin keine mehr war, bezogenes Nationalgefühl, das Land war auch politisch zutiefst gespalten, lebte seit 1933/34 unter einem klerikalen Faschismus und kam aus der Wirtschaftskrise nicht heraus, während Deutschlands Kriegswirtschaft boomte.

Gleichwohl hat das damalige autoritäre Regime verzweifelten politischen Widerstand geleistet und es in Österreich im Unterschied zu Deutschland gelungen, eine innere Machtergreifung der Nazis zu verhindern – und das trotz wachsendem Drucks von innen und außen über fünf von zwölf Jahren des Dritten Reiches. Es war die erste Regierung Europas,

welche die Nazipartei gesetzlich verbot und die Aktivitäten der „Illegalen“ energisch bekämpfte, Dollfuß, der sie als Kanzler eine „Verbrecherbande“ nannte, war der erste und blieb der einzige von den Nazis ermordete Regierungschef, aber der Putschversuch von Juli 1934 wurde abgewehrt, der von Berlin gesteuerte Terror ertragen, das Heer blieb loyal bei den Kämpfen in den Ländern. So wurde Hitler die erste Niederlage beigebracht; es sollte die einzige bleiben bis Stalingrad. Die Stoßrichtung der in die „Vaterländische Front“ integrierten „Heimwehr“ Starhembergs, eines patriotischen Condottiere, der sich selbst als „Austrofaschist“ nach italienischem Muster verstand, war nach dem kalten Staatsstreich Dollfuß' 1933, den Februarkämpfen 1934, welche die Gesellschaft zutiefst spalteten und den Staat daher schwächten, und nach dem Verbot der staatspolitisch wenig verlässlichen Sozialdemokratie eindeutig und scharf gegen nazistische Insurgenten und gegen die deutsche Bedrohung gerichtet. Und diese harte Abwehrpolitik war durchaus erfolgreich in einer Zeit, als Großbritannien mit dem Reich ein Flottenabkommen schloß, die Berliner Olympiade, zu deren Boykott Österreich aufgerufen hatte, trotz der ein Jahr zuvor beschlossenen Nürnberger Rassengesetze ein internationaler Propagandaerfolg des Regimes geworden war und Frankreich die deutsche Aufrüstung und die Remilitarisierung des Rheinlandes widerspruchslos hinnahm. Erst als mit dem Zerfall der Stresa-Front und der Bildung der Achse Berlin-Rom infolge des äthiopischen Abenteuers Mussolinis auch noch die Schutzmacht Italien wegfiel, wurde die österreichische Sache zunehmend aussichtslos und der isolierte Staat stand auf verlorenem Posten – aber nicht gegen die „fünfte Kolonne“ im Inneren, sondern gegen die militärische Bedrohung von Außen. Gerade weil eine quasi-legale Machtergreifung der Nazis von innen, die Hitler angestrebt hatte, durch die harte Haltung der Regierung, die Loyalität der Behörden und die Ablehnung des „Anschlusses“ durch die damals schon überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (französische und britische Geheimdienste schätzten die Mehrheit auf 2/3, Seys-Inquart auf etwa 70%), welche die in äußerster Bedrängnis von Schuschnigg für den 13. März 1938 angesetzte Volksabstimmung bestätigt hätte, unmöglich war, marschierte die Wehrmacht in den Morgenstunden des 12. März in Österreich ein und die Regierung wich buchstäblich, mit Schuschniggs Worten, „der Gewalt“ – um kein „deutsches Blut zu vergießen“, wie er sagte. (Heute fragt man sich, warum eigentlich nicht!). Nach fünf Jahren erfolgreichen Abwehrkampfes war mit dem politisch und vor allem auch nationalpolitisch zerrissenen Österreich die erste Bastion gegen das Nazireich

gefallen. Schon am 1. April rollte der erste Großtransport politischer Häftlinge nach Dachau. Eineinhalb Jahre später brach, wie vorauszusehen war, der Zweite Weltkrieg aus.⁷

Der Anschlußjubiläum vom März 1938 war also kleiner, als er heute oft dargestellt wird, vor allem aber war er „überdeterminiert“ – er war politisch, ökonomisch und national motiviert, und es wird wohl niemals möglich sein, die Dimensionen dieser Gemengelage analytisch zu isolieren und ihre quantitativen Proportionen zu bestimmen. Wegen dieser Ambivalenz konnte er später, je nach polemischem Interesse, in jeder beliebigen Richtung instrumentalisiert werden. (Diese sachliche Ambivalenz ist in der Figur Hitlers personalisiert: Einerseits Österreicher, machte er andererseits seine Karriere in Deutschland und wurde dessen Führer; in Wien wohnte er im Männerheim und war zu unbegabt für die Kunstakademie.)

Als Hitler am 15. März 1938 am Wiener Heldenplatz verkündete: „Als Führer und Kanzler der Deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich!“, da jubelten hunderttausende österreichische Nazis; aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat nicht gejubelt, und es waren auch nicht nur Nazis und ihre Sympathisanten, die bei der frisierten Volksabstimmung am 10. April, die schon unter den Augen der Gestapo stattfand, mit „Ja“ stimmten.

Auch der Episkopat hatte dazu aufgefordert (es freilich bald bereut), und sogar „freudigen Herzens“, wie er sagte, ein Karl Renner, in Fortführung seiner gesamten bisherigen Haltung und Politik in der Nationalitätenfrage: Die Nazis kommen und gehen, aber der Anschluss kann bleiben, so lautete wohl die Überlegung.

Nationalpolitisch war das nur konsequent und entsprach der alten Anschlußsehnsucht vieler Österreicher an Deutschland, insbesondere in der Sozialdemokratie. Das war natürlich kein Votum für die Nazis, im Gegenteil. Geprägt durch die Erfahrungen in der Monarchie, hielten die führenden sozialdemokratischen Theoretiker die Lösung der Nationalitätenfrage für logisch prioritär, weil jene mit der einheitlichen Nation erst das politische Dispositiv schaffen sollte für die sozialistische Revolution. So nannte Otto Bauer, der im Unterschied zu Karl Renner selbstverständlich *gegen* den Anschluß an *Nazideutschland* war, noch *nach* dem 13. März 1938 die kommunistische These, „daß die Österreicher gar nicht Deutsche, sondern eine besondere Nation seien“, eine „absonderliche Konstruktion“, und schrieb in seinem sogenannten „Politischen Testament“ vom Juni 1938: „Die Kommunisten ... haben nach der

⁷ s.: Gottfried-Karl Kindermann, Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938, München (Langen Müller) 2003

Annexion ... nicht gezögert ..., die Losreißung Österreichs vom Reiche, die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs als Kampfziel zu proklamieren. Die Sozialisten ... haben der irredentistisch-separatistischen Losung der besiegten Vaterländischen die gesamtdeutsch-revolutionäre Losung entgegengestellt.“⁸

Der gleiche Otto Bauer hatte in seinem Artikel *Der Sozialismus und die deutsche Frage* in *Der Kampf*, der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie, vom Jänner 1937 gegen die Idee einer österreichischen Nation höhnisch vom „Spuk eines aus Katholizismus, Habsburger-Tradition und feudaler Barockkultur zusammengebrachten österreichischen Menschen“ gesprochen.

Abgesehen davon, daß einerseits unklar bleibt, was an diesem Spuk soviel schlimmer sein soll als an einem – um in den albernen Klischees zu bleiben – aus Protestantismus, verschwitzter Machermentalität und perennierender Wiederaufbaumisere zusammengebrachten deutschen Menschen, ist vor allem andererseits nicht einzusehen, warum diese These, so sie denn jemals richtig war, 1945 auf einmal falsch geworden sein soll, ausgerechnet in dem Augenblick, als der Nazismus militärisch zusammengebrochen war, die westlichen Siegermächte sich anschickten, zumindest in dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands eine funktionierende parlamentarische Demokratie zu installieren und den deutschen Menschen – übrigens mit erstaunlichem Erfolg! – dafür umzuerziehen.

Genau das aber war beziehungsweise wurde der Fall: Von 1945 an herbeigestritten, gibt es spätestens seit Mitte der Sechzigerjahre als mehr oder minder offizielle Staatsdoktrin (Nationalfeiertag 1965) eine österreichische Nation, und wie alle empirischen Erhebungen zeigen, wird das von denen, die ihr zugerechnet werden, auch zunehmend geglaubt oder gewußt (was das gleiche ist), das heißt das österreichische „Nationalbewusstsein“ erfuhr in den letzten fünfzig Jahren eine rapide Entwicklung. Die Österreicher „bekennen“ sich zu „ihrer“ Nation, und daher gibt es sie auch. „Der Staat, den keiner wollte“ (Hellmut Andics), ist heute einer, den alle wollen. Sogar die Haider-Partei, ehemals Sammelbecken der Deutschnationalen, lancierte 1993 ihr Anti-Ausländer-Volksbegehren unter der Parole „Österreich zuerst!“. Wenn das kein Erfolg der Österreichwerbung ist, dann gibt es keinen.

Schwer zu sagen, wann genau die Sache mit der Nation und der Idee des Anschlusses ins Kippen kam; sicher während der Nazizeit und als Folge des Anschlusses unter nazistischem Vorzeichen, der eben tatsächlich eine gewaltsame Annexion war – die „Piefkes“

⁸ Otto Bauer, *Nach der Annexion*. In: *Werke*. Band 9. Wien, Europa 1980.

fürten sich in der „Ostmark“ auch gegenüber ihren „Volksgenossen“ wie Besatzer auf, selbst Nazis haben das gelegentlich so empfunden, manche Karriereerwartung wurde enttäuscht, und so lebte der alte Preußenhass wieder auf, generalisiert auf die „Reichsdeutschen“ im allgemeinen. Wen Gott strafen will, dessen Gebete nimmt er wörtlich und erhört sie – diese Erfahrung macht man vor allem in gottlosen Zeiten. Der deutsche Politologe Richard Loewenthal sagte einmal: „Die Österreicher wollten Deutsche werden – bis sie es dann wurden.“ Man sollte die staatspolitisch einigende Wirkung des Nazismus für Österreich aber auch nicht überschätzen: Unter den politisch zerstrittenen Eliten in der Emigration ist es zur Bildung einer Exilregierung nie gekommen. Der Graben von 1934 war tief, auch der Abgrund des Dritten Reiches schluckte ihn nicht ganz; als Riß ist er immer noch spürbar, und wird manchmal leichtfertig wieder aufgekratzt – um sich künstlich ein wenig politisches Profil zu geben in einer Zeit, da selbst die Legitimisten Republikaner geworden sind, kein ÖVPLer mehr einen Ständestaat will und schon gar kein SPÖler „den“ Sozialismus. Aber das ist nur mehr Historienkitsch, so wie die Sisi-Geschichten.

Als hartes Datum für den Umschlag in der Frage der Nationalität haben wir allerdings die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943, mit der Österreich von den Alliierten als erstes Opfer der deutschen Aggression anerkannt, „die Besetzung (annexation) Österreichs durch Deutschland am 15. (sic!) März 1938 für null und nichtig“ erklärt und seine Befreiung von deutscher Herrschaft zu einem Kriegsziel proklamiert wurde. Die Erklärung geht in ihren Grundzügen auf einen Entwurf der britischen Berufsdiplomaten Geoffry W. Harrison zurück, der sein Memorandum an das Kriegskabinett mit dem Satz eröffnete: „Austria was the first free country to fall a victim to Nazi aggression.“ Der Doyen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Gerald Stourzh, hat als erster darauf aufmerksam gemacht, daß dies reinste Churchillsche Prosa ist. Denn schon am 18. Februar 1942, also fast zwei Jahre vor der Moskauer Deklaration, hatte Churchill anlässlich einer Ansprache vor exilierten österreichischen Diplomaten wörtlich erklärt: „We can never forget in this island that Austria was the first victim of Nazi aggression.“⁹ Die in der österreichischen Publizistik vieldiskutierte Opfer-These hat also selbst keinen österreichischen Ursprung, sondern stammt aus Downing Street 10 und fand von dort Eingang in die Moskauer Erklärung.

Für die österreichische Nachkriegspolitik eröffnete die Deklaration, die unabhängig von ihrem politisch-programmatischen Status vor allem auch als Akt der Ermutigung für den

⁹ Vgl. Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*. Wien, Böhlau 1998.

österreichischen Widerstand gedacht war, eine ungeheure Chance. Sie wurde daher später von österreichischer Seite selbstverständlich ebenso instrumentalisiert, wie sie ursprünglich der alliierten Seite als Instrument psychologischer Kriegsführung gedient hatte.¹⁰ Obwohl oder gerade weil sie nämlich in bezug auf St. Germain nur ein Beharrungsbeschluss war, ermöglichte sie es, die staatliche Kontinuität mit der Ersten Republik ideologisch herzustellen und deren parteipolitisch kontrovers diskutierte Geschichte selbst als Material für die nachträgliche Nationsbildung zu verwenden.

Man sollte allerdings auch nicht vergessen, dass im Kabinett Figl I., in der ersten frei gewählten Regierung nach 1945, zwölf von siebzehn Regierungsgliedern ehemalige KZ-Häftlinge waren, inklusive Figl selbst – die Rede von der „Gemeinsamkeit der Lagerstraße“, welche die ehemaligen Bürgerkriegsparteien der Ersten Republik in der Zweiten Republik koalitionär verband, hat darin ihren Ursprung. Wie leicht die Sache mit der Nationsbildung allerdings hätte schief gehen können, zeigt die Tatsache, daß auf der Außenministerkonferenz der Großen Drei vom 30. Oktober / 1. November 1943 in Moskau auch der Vorschlag zur Zerschlagung des Reiches in ein protestantisches Nord- und ein katholisches Süddeutschland, etwa entlang der Mainlinie, ventiliert wurde. Nach dieser Idee, die auf ältere französische Überlegungen zurückging, wäre Österreich heute, gemeinsam mit Bayern, Teil eines süddeutschen Staates und das „Nationalbewußtsein“ sähe ganz anders aus; der historische Füllstoff hätte sich schon gefunden – man darf die Phantasie der Historiker nicht unterschätzen. Wenn die Moskauer Deklaration in ihrer schließlich verabschiedeten Form auch ihr propagandistisches Ziel, die Mobilisierung eines militärisch relevanten Widerstandes, nicht erreichte, so schätzten deren Autoren doch die antideutsche Stimmung im Großteil der Bevölkerung richtig ein. Schon im Frühsommer 1943 hatte der Sozialdemokrat und spätere Bundespräsident Adolf Schärf gegenüber Vertretern des deutschen konservativen Widerstandes erklärt: „Der Anschluss ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“¹¹ Schärf hatte recht: Der Exorzismus war ebenso radikal wie endgültig, wenn er auch noch so manches, gelegentlich auch burleskes, Nachspiel hatte.

Deutschland ist, nach einem berühmten Wort von Helmuth Plessner, eine „verspätete Nation“; und weil die österreichische Nation sich positiv nur durch eine dialektische Negation der deutschen bestimmen konnte, ist sie gewissermaßen eine verspätete Nation zum Quadrat –

¹⁰ Vgl. Günter Bischof, *Die Instrumentalisierung der Moskauer Erklärung nach dem 2. Weltkrieg*. In: *Zeitgeschichte*, Heft Nr. 11/12, Wien 1993.

¹¹ Adolf Schärf, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Wien, Wiener Volksbuchhandlung 1963.

die Blockierung der deutschen Nationsbildung blockierte auch die österreichische und hielt sie in einem Stadium der Unreife, das heißt der permanent notwendigen rhetorischen Selbstversicherung, durch sogenannte „Aufarbeitung der Geschichte“, fest. Das ist heute bis zum Überdruß geleistet.

Als im März 1988 anlässlich einer Tagung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu Fragen des Anschlusses von `38 der deutsche Historiker Hans Mommsen die Vermutung äußerte, daß die österreichische Nationsbildung noch nicht abgeschlossen sei, da hatte er vielleicht noch recht; heute hätte er sicher unrecht. Denn nach der staatlichen Konsolidierung der deutschen Nation in Folge der Wiedervereinigung und nach der Integration Österreichs in die Europäische Union, welche die alte Anschlußangst zugleich *bestätigt* und *widerlegt*, die noch ältere Anschlußsehnsucht aber auf höherer, europäischer Ebene *befriedigt*, hat die österreichische Nationsbildung einen entscheidenden Schritt vorwärts, zur Reifung und Normalisierung getan. Daher gibt es in Österreich heute keine politisch ernstzunehmenden deutschnationalen Kräfte mehr, auch in der Haider-Partei, die einmal ihr Sammelbecken war, existieren nur noch sentimentale Reste. Eine Zukunft haben sie nicht. Das Ausschluß/Anschlußtrauma ist durch die Integration Österreichs in die Europäische Union „aufgehoben“ im prägnanten Hegelschen Sinn. Der „österreichische Weg“, der, wie der deutsche, ein Sonderweg war, ist im wesentlichen zu Ende. Das Scheitern der sogenannten „Sanktionen“ vom Februar 2000, mit denen die EU 14 auf Betreiben Frankreichs, das, befangen in einem Denken von 1919, die Bildung eines „germanischen Blocks“ befürchtete, Österreich wie einen halbsouveränen Staat ohne eigene nationale Identität behandeln wollten, hat dieses Ende nur ratifiziert. Heute muß der Staat als Nationalstaat einen europäischen Weg suchen. Und das ist ein großes Glück.